Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die mediale Hetze schaukelt sich hoch
2. Regional große Unterschiede: In NRW sinken die Schüler-Inzidenzen rasant
3. Spahn: Lohnabzug für Ungeimpfte in Quarantäne gerechtfertigt
4. Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
5. Maßnahmen gegen die soziale Ungleichheit von Kindern
6. Deutsche Fregatte wird auf illegaler US-Basis im Indopazifik betankt
7. Globalpolitische Strategien der USA
8. Wolfgang Streeck hat seine Rolle bei den neoliberalen Reformen doch thematisiert – ein bisschen
9. Dicke Rüge für Minister Scheuer wegen Intransparenz
10. Rekordspende für die Grünen: Niederländer toppt die Parteispenden der reichsten Deutschen
11. „Doppelmoral“ der USA bei Terrorismusbekämpfung schadet allen Seiten
12. Giftgas in Syrien: BBC gesteht Fake News ein
13. Rankings: oft unbrauchbar – so oder so aber schädlich
14. Die Blockade Leningrads vor 80 Jahren: „Niemand ist vergessen“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die mediale Hetze schaukelt sich hoch**
   Ist das nicht Marco Rima mit Hakennase, Buckel und irre-gierigem Blick? Eine Karikatur, die sich der stereotypen Stilmittel antisemitischer Propaganda bedient. Es ist der vorläufige Höhepunkt einer medialen Hetze gegen die Ungeimpften, die sich in den letzten Wochen immer weiter hochschaukelt.

Zu finden ist die Karikatur am 5. September 2021 im Blick in einem Beitrag unter dem Titel «Das sind die fünf Typen der Impfverweigerer». Der Marco-Rima-Typ wird als «der Freak» vorgestellt und mit Attributen wie «völkisch denkend», «radikalisiert», «halluzinogene Spätfolgen», «pathologisch» und «Wutbürger» bedacht.
Was bringt eine Zeitung wie den Blick dazu, solchem Hass freien Lauf zu lassen und die Spaltung der Gesellschaft weiter voranzutreiben? Vermutlich die Überzeugung, für das Gute und gegen das Böse zu kämpfen. Genau von dieser Überzeugung lebt die Propaganda in totalitären Systemen – je böser der zu bekämpfende Feind ist, desto leichter lassen sich harte Mittel zur Bekämpfung legitimieren – und es ist beunruhigend, dass diese Propagandamittel in vielen Leitmedien der Schweiz immer mehr Einzug halten.
Dass dies nicht aus dem Nichts kommt, sondern der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung ist, lässt sich an den letzten Wochen rekonstruieren.
Quelle: Die Ostschweiz

2. **Regional große Unterschiede: In NRW sinken die Schüler-Inzidenzen rasant**
Seit zwei Wochen geht es trotz Präsenzunterricht mit den Fallzahlen bei Kindern und Jugendlichen in NRW steil bergab. Warum das so ist, ist nicht leicht zu beantworten. Feststeht lediglich, dass mehrere Faktoren eine Rolle spielen und dass es in dem Bundesland regional große Unterschiede gibt.
Lange stiegen im Sommer die Covid-19-Inzidenzen in Nordrhein-Westfalen rasant an, von rund 6 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner und Woche auf knapp 133 am 29. August. Durch die relativ hohen Impfquoten bei den Älteren, trieben vor allem Kinder und Jugendliche die Zahlen in die Höhe. Die Sorge war daher groß, dass die Inzidenzen durch Präsenzunterricht an den Schulen noch schneller nach oben gehen würden. Doch das genaue Gegenteil ist eingetroffen, besonders bei Schülern sind seit zwei Wochen die Fallzahlen im Sinkflug. In anderen Bundesländern ist das nicht so. Die große Frage ist also, warum die Schüler-Inzidenzen in NRW so rasant fallen.
Quelle: n-tv

3. **Spahn: Lohnabzug für Ungeimpfte in Quarantäne gerechtfertigt**
Um gut durch den Pandemieherbst zu kommen, muss die Impfbereitschaft steigen. Gesundheitsminister Spahn kündigt deshalb eine besondere Aktion an – und schließt harte Maßnahmen nicht aus.
Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) setzt darauf, an Orten des öffentlichen Lebens mehr Menschen für die Corona-Impfung zu gewinnen. Deshalb startet in der kommenden Woche eine Aktionswoche mit mehreren Verbänden, die noch mehr Menschen von einer Impfung überzeugen soll. Es fehle noch immer an der “einfachen Gelegenheit” zum Impfen, sagte der Minister am Mittwoch in Berlin. Er nannte Spiel- und Sportplätze, Fußgängerzonen und Einkaufsgeschäfte. Er sei Ländern, Kommunen

und Helfern dankbar für viele “kreative Ideen”.
Spahn äußerte sich im Vorfeld der bevorstehenden Impfwoche, bei der auch in Vereinen, Geschäften und vielerlei anderen Orten Menschen für die Corona-Impfung gewonnen werden sollen. An Informationen über die Möglichkeiten fehlt es nach Spahns Angaben bislang nicht. Die Social-Media-Angebote der Bundesregierung würden gut genutzt.
“Wir haben das Mittel in der Hand, uns zurück in Freiheit und Normalität zu impfen”, betonte der Minister. Zwar sei die Impfung die persönliche und freie Entscheidung jedes Einzelnen. Es sei aber auch eine Frage, die andere betreffe. Spahn hält es zudem auch für gerechtfertigt, dass ungeimpfte Arbeitnehmer, die in Quarantäne gehen müssen, Lohnabzüge hinnehmen müssen. Er sehe nicht ein, dass andere auf Dauer dafür zahlen sollten, wenn sich Menschen trotz ausreichender Impfstoffe in Deutschland nicht impfen ließen, sagt er.
Quelle: T-Online

Anmerkung André Tautenhahn: *Während der Bundesgesundheitsminister „harte Maßnahmen“ nicht ausschließt, streicht der erste Landeschef nun die Segel. Berlins regierender Bürgermeister Michael Müller hält die Möglichkeiten beim Impfen für «ausgereizt».*

4. **Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages**
Nahezu zwanzig Mal haben wir im Bundestag in den letzten anderthalb Jahren Änderungen am Infektionsschutzgesetz vorgenommen. Mit keinem anderen Gesetz hat sich unser Parlament so oft in so kurzer Zeit beschäftigt, wie mit diesem.
Die Hektik, mit der wir in nahezu jeder Sitzungswoche das Infektionsschutzgesetz weiter ausweiten, um vermeintlich Schlimmeres zu verhindern, kann ich immer weniger nachvollziehen. Die scheinbare Panik, mit der wir in immer kürzer werdenden Abständen das Infektionsschutzgesetz ändern, ist außerhalb des Berliner Regierungsviertels kaum zu spüren. Zum Glück.
Im Januar 2021 waren deutschlandweit rund 5.500 Menschen mit Covid im Krankenhaus in Behandlung. Selbst der Gesundheitsminister betont, dass das Gesundheitssystem zu keiner Zeit vor einem Kollaps stand. Dies belegen auch die Zahlen des Statistischen Bundesamts sehr eindrücklich: Auf dem Höhepunkt der zweiten und dritten Welle waren mindestens 2.700 Intensivbetten frei. Hinzu kommen circa 10.000 Intensivbetten als Notfallreserve, die über den ganzen Zeitraum seit ihrer Einrichtung nicht genutzt werden mussten.
Zur Zeit liegen 1.316 Menschen mit Corona auf der Intensivstation und 17.616

Intensivpatienten ohne Corona. Diese Zahlen belegen, dass unsere Krankenhäuser in keiner Weise besonders belastet sind, deshalb war es überhaupt erst möglich selbst im Coronajahr die Zahl der Krankenhausbetten weiter zu reduzieren, ohne dass es zu einer Notlage gekommen ist.
In Brandenburg sind nur 1,98% der zur Verfügung stehenden Intensivbetten von Coronapatienten belegt (die Reservebetten sind nicht eingerechnet). Hier von einer bevorstehenden schweren Belastungsprobe für die Kliniken zu sprechen ist für mich nicht nachvollziehbar.
Wir haben unseren Bürgern im letzten Jahr viel abverlangt. Mit den Folgen der Coronapandemie werden wir uns noch viele Jahre lang beschäftigen müssen. Als Bundestagsabgeordnete ist es meines Erachtens nach zum Ende der 19. Wahlperiode nun auch an der Zeit, über das eigene Handeln zu reflektieren und das Geschehene Revue passieren zu lassen.
Wie oft haben wir versprochen, dass die Beschränkungen ein Ende haben? Wie oft haben wir das Einführen harter Maßnahmen, von „Wellenbrechern“, „Lockdown lights“ und „Notbremsen“, damit gerechtfertigt das danach zur Normalität zurückgekehrt werden kann? Wir haben versprochen, dass es keine Impfplicht geben wird. Wir haben versprochen, dass Kinder wieder ohne Maske in die Schule gehen können. Wir haben nichts davon gehalten.
Quelle: Saskia Ludwig

5. **Maßnahmen gegen die soziale Ungleichheit von Kindern**
   Bei der weit verbreiteten Kinderarmut handelt es sich um den erschreckendsten Teil eines anderen Problems hochentwickelter kapitalistischer Länder: der sozialen (Kinder-)Ungleichheit. Armut wird in aller Regel durch strukturelle Gegebenheiten, nicht durch persönliches Versagen hervorgerufen. Es gilt also nicht, das Verhalten der Kinder oder ihrer Eltern, sondern die bestehenden Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu ändern. Weil die Ungleichheit nicht monokausal zu begreifen ist, sondern vielfache Ursachen hat, ist sie auch nur mehrdimensional zu bekämpfen.
   Soziale Kinderungleichheit erwächst aus einer Ungleichverteilung der Ressourcen von Haushalten mit Kindern, die maßgeblich vom Erwerbseinkommen der Eltern(teile) bestimmt wird. Deshalb fängt die Bekämpfung der Kinderarmut im Erwerbsleben an. Da Kinderarmut fast immer auf Eltern- oder Mütterarmut zurückzuführen ist, die aus einer exkludierten oder Randstellung am Arbeitsmarkt resultiert, konzentrieren sich Erfolg versprechende Gegenstrategien auf Maßnahmen, welche nicht armutsfeste Löhne und Gehälter so anheben, dass man „von Arbeit leben“ und Kinder ernähren, fördern, teilhaben lassen und sozial absichern kann.
   Nur durch einen Lohn in existenzsichernder Höhe lässt sich ein breiter

Niedriglohnsektor, wie er in Deutschland existiert, zurückdrängen. Damit er seine Wirkung als Instrument zur Armutsbekämpfung entfalten kann, sollte der Mindestlohn nach angloamerikanischem Vorbild zu einem „Lebenslohn“ (living wage) weiterentwickelt werden, der nicht bloß die Existenz, sondern auch die Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglicht. Als mögliche Untergrenze gilt die in der Europäischen Union geltende Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens.
Quelle: A&W blog

6. **Deutsche Fregatte wird auf illegaler US-Basis im Indopazifik betankt**
Marinekommando bestätigt Versorgungsstopp auf Basis Diego Garcia. Insel wird von Großbritannien besetzt halten und von US-Militär genutzt. Missachtung mehrerer internationaler Gerichte
Ungeachtet kritischer Stimmen der Opposition und von Regionalexperten in Deutschland sowie der chinesischen Regierung wird die deutsche Fregatte “Bayern” in diesen Tagen die illegal besetzt gehaltenen US-Militärbasis Diego García im Indischen Ozean anlaufen. Die “Bayern” wird dort vom US-Militär Treibstoff aufzunehmen. Das bestätigte das Marinekommando Telepolis auf Anfrage.
Heikel an der Mission: Das deutsche Militär und die Bundesregierung missachten damit gleich mehrere international gültige Urteile, die eine Rückgabe des Eilands an den Inselstaat Mauritius gefordert haben. Auch die UN-Vollversammlung hatte die westliche Militärverwaltung auf der kleinen Insel der Chagos-Gruppe als völkerrechtswidrig eingestuft.
Quelle: Telepolis

dazu: “Eine gewisse Doppelmoral”
Der geplante Aufenthalt der Fregatte Bayern auf dem völkerrechtswidrig in britischer Herrschaft gehaltenen US-Militärstützpunkt Diego Garcia stößt in zunehmendem Maß auf Kritik. Die Insel mitten im Indischen Ozean ist Teil des Chagos-Archipels, den Großbritannien im Verlauf der Entkolonialisierung einst völkerrechtswidrig seiner Kolonie Mauritius entrissen hat, um den USA den Bau des Militärstützpunkts zu ermöglichen. Mittlerweile haben mehrere UN-Gerichte die Rückgabe des Archipels verlangt. Indem die Fregatte Bayern im Rahmen ihrer Asien-Pazifik-Fahrt dort in Kürze anlege, akzeptiere sie “de facto” den Rechtsbruch, warnt ein Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Mit Blick auf die Behauptung der Bundesregierung, sie trete für eine “regelbasierte internationale Ordnung” ein, sei “eine gewisse Doppelmoral” zu konstatieren. Die Fregatte bricht am Sonntag aus Karachi, wo sie gestern eintraf, in Richtung Diego Garcia auf. Bislang hat sie auf ihrer Fahrt Übungen mit Kriegsschiffen aus Staaten absolviert, die sich militärisch gegen

China in Stellung bringen.
Quelle: German Foreign Policy

7. **Globalpolitische Strategien der USA**
   Neben der immer noch weiter betriebenen Corona-Panik richtet sich zurzeit der Fokus von Politik und Medien bis zur nächsten hausgemachten Katastrophe auf die Niederlage der westlichen Allianz in Afghanistan. (…)
   Wo die aus Afghanistan abgezogenen US-Truppen künftig eingesetzt werden, ob im Orient (u.a. ist der Iran noch im Fadenkreuz), an den Grenzen Russlands oder im Ostpazifik, ist noch nicht ersichtlich. Jedenfalls sind die strategischen Pläne der Washingtoner Bellizisten soweit zu durchschauen, dass im Westen Deutschland als „Speerspitze" gegen Russland vorgesehen ist und im Osten Japan als Kombattant und „Flugzeugträger" gegen China. Zu rechnen ist auch mit Geheimverhandlungen zwischen CIA und den Söldnerführern der Hilfstruppen der Taliban, die sich bestens in den an Afghanistan angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken einsetzen ließen, um der Russischen Föderation zu schaden. (…)
   Die USA verfolgten trotz der bis zu panikartigen Zuständen hochgespielten Corona-Krise ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Ziele unbeeindruckt weiter. Die Konfrontationspolitik gegenüber der aufstrebenden Wirtschafts- und Militärmacht China, die sich zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten entwickelt hat, wurde vorangetrieben. Ausdrücklich wiederholte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg Mitte Juni 2020 seine Warnung vor einer möglichen Bedrohung durch China
   Quelle: Wolfgang Bittner in apolut
8. **Wolfgang Streeck hat seine Rolle bei den neoliberalen Reformen doch thematisiert – ein bisschen**
   Ich hatte einer Gastrezension des aktuellen Buches von Wolfgang Streeck den Hinweis vorangestellt, dass dieser scharfe Kritiker des Neoliberalismus seine eigene Rolle als ideologischer Wegbereiter neoliberalen Reformen in Deutschland weder aufgearbeitet, noch als Fehler bezeichnet habe. Das muss ich ein klein wenig relativieren. Er hat diese Rolle mindestens einmal thematisiert und zu rechtfertigen versucht.
   Professor Streeck hat mir – neben einem Protest – Passagen aus einem Aufsatz aus dem Jahr 2014 zugeschickt, mit dem Titel „Politische Ökonomie als Soziologie: Kann das gutgehen?" in der Zeitschrift für theoretische Soziologie, nachzulesen beim Max-Planck-Institut, dem er vorstand.
   Meine Aussage in der Vorbemerkung zur Buchrezension, er habe seine damalige Rolle weder aufgearbeitet, noch als Fehler bezeichnet, muss ich nach Lektüre ein klein wenig relativieren. Er hat seine Rolle mindestens einmal ausführlich thematisiert. Aber eine ernsthafte, offene Aufarbeitung war das nicht, ein Mea Culpa schon gar nicht,

eher eine Exkulpation, eine Selbstentschuldigung.
“Zum Schluss möchte ich noch auf das manchem offenbar wichtige Problem eingehen, wie jemand, der am Anfang der ersten Regierung Schröder einen praktischen Beitrag zur Stabilisierung des „deutschen Modells“ zu leisten versucht hat, heute den Marsch in die liberalisierte Marktgesellschaft und den Konsolidierungsstaat theoretisch analysieren und politisch beklagen kann. Diese Frage ist nicht neu, und ist gelegentlich durchaus auch mit der Absicht gestellt worden, mir das Recht abzusprechen, ein Buch zu schreiben, an dem die Fragenden als solchem wenig auszusetzen hatten.“
Streeck 2014 (…)
Er hat also nicht dem Neoliberalismus das Wort geredet, er hat einen praktischen Beitrag zur Stabilisierung des deutschen Modells zu leisten versucht, so wie das so ziemlich jeder Neoliberale von sich behaupten würde.
Es geht, anders als Streeck es darstellt, wohl kaum einem der Kritiker darum, ihm das Recht abzusprechen, ein Buch gegen den Neoliberalismus zu schreiben. Ich verstehe die Kritik so, dass ein solches Buch unvollständig und der Autor wenig überzeugend ist, wenn er es versäumt, seine eigene, nicht unbedeutende Rolle bei der Durchsetzung des Neoliberalismus zu thematisieren. (…)
Um nicht selbstgerechter zu erscheinen als ich hoffentlich bin. Auch von mir kann man Aussagen und Positionen meines jüngeren neoklassisch-neoliberalen Ichs finden, die ich heute kritisiere. Ich schreibe und rede nur deshalb eher selten darüber („ich bekenne, ein Elch gewesen zu sein,“ S.4), weil es damals keinerlei gesellschaftliche Bedeutung hatte, was ein Norbert Häring schrieb oder sagte.
Ich habe aus eigener Erfahrung volles Verständnis für Lerneffekte und Jugendsünden. Aber ich meine schon, dass man derartige Fehler, wenn sie nennenswert zu Entwicklungen beigetragen haben, die man später scharf kritisiert, klar als solche bezeichnen, bereuen und aufarbeiten muss, wenn man seine Glaubwürdigkeit und Wirkungsmacht bewahren will. Man könnte dadurch sogar Überzeugungskraft hinzugewinnen. Noch ist es nicht zu spät.
Quelle: Norbert Häring

9. **Dicke Rüge für Minister Scheuer wegen Intransparenz**
   Das Bundesverkehrsministerium verweigert die Herausgabe eines E-Mail-Wechsels, der zeigt, wie es den Spiegel in seiner Berichterstattung zu lähmen versuchte. Das hält der Bundesbeauftragte für Informationsfreiheit für einen glatten Gesetzesverstoß.
   Die Mautaffäre wird Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) einfach nicht los. Ein Untersuchungsausschuss im Bundestag zerkaute monatelang die Entscheidung seines Ministeriums, trotz massiver rechtlicher Bedenken eine PKW-Maut nur für Ausländer einzuführen. Diese Fehleinschätzung könnte den deutschen

Staat viele Millionen Euro an Gerichtskosten und Entschädigung kosten. Unmut gibt es auch über offenkundige Verschleierungstaktiken. Das Bundesverkehrsministerium erklärte, Daten auf Scheuers Handy aus der entscheidenden Phase der Maut-Planung seien gelöscht worden. Seine Beamten machten außerdem 170 Dokumente aus der Mautaffäre zur Verschlusssache.
Die Presse verärgerte Scheuer mit dem Versuch, kritische Berichterstattung über die Mautaffäre zu „torpedieren". Als der Spiegel-Journalist Gerald Traufetter im August 2019 einen Fragenkatalog an das Ministerium schickte, schlug ein Mitarbeiter Scheuers vor, die Antworten stattdessen an einen anderen Journalisten zu geben, der so dem Spiegel zuvorkommen könnte. Und tatsächlich, wenig später veröffentlichte das Ministerium seine Antworten in einer Pressemitteilung – eine aggressive Taktik, mit der das Ministerium einer wohl negativen Schlagzeile in dem Nachrichtenmagazin zuvorkam.
Quelle: netzpolitik

10. **Rekordspende für die Grünen: Niederländer toppt die Parteispenden der reichsten Deutschen**
Kurz vor der Bundestagswahl können sich die Grünen über die höchste Einzelspende in ihrer Parteigeschichte freuen. Ohnehin häufen sich die Großspenden, wobei vor allem die FDP profitiert. Unter den Geldgebern finden sich bekannte Namen der Spitzenvermögenden im Land.
Die Grünen im Spendenglück: Kurz vor der Bundestagswahl hat die Partei in dieser Woche Spenden in Höhe von 1,5 Millionen Euro bekommen, darunter auch einen Rekordbetrag. Allein 1,25 Millionen Euro bekamen die Grünen vom niederländischen Tech-Unternehmer Steven Schuurman, wie zunächst das "Handelsblatt" berichtet hatte. Es ist die größte Spende, die die Partei bisher auf einen Schlag erhalten hat.
Quelle: manager magazin
11. **„Doppelmoral" der USA bei Terrorismusbekämpfung schadet allen Seiten**
Kurz vor dem 20. Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September ist der Krieg der USA in Afghanistan gescheitert und beendet worden. In der Schlussphase des Abzugs der US-Truppen wurden bei einer Reihe von Bombenanschlägen durch einen Ableger der Extremistengruppe Islamischer Staat in der afghanischen Hauptstadt Kabul Hunderte von Menschen getötet, darunter 13 US-Soldaten.
Warum endete der so genannte „Anti-Terror-Krieg", der 20 Jahre dauerte, mehr als 2 Billionen Dollar kostete und mehr als 20.000 US-Opfer forderte, in einem solchen Fiasko?
Im Oktober 2001 entsandten die USA Truppen nach Afghanistan, um den „Terrorismus zu bekämpfen". Trotz der Tötung des Al-Qaida-Anführers Osama bin Laden im Jahr 2011 hat sich die Situation der Terrorismusbekämpfung nicht grundlegend geändert.

In den letzten zehn Jahren wurden die großen westlichen Länder von einer Reihe schwerer Terroranschläge heimgesucht, und der Terrorismus hat sich weltweit weiter ausgebreitet.
Warum ist die Anti-Terror-Politik der USA nach 20 Jahren gescheitert? Einer der Hauptgründe darin liegt, dass die USA in der Frage der Terrorismusbekämpfung in ihrem eigenen Interesse handeln, die Interessen anderer Länder und Regionen ignorieren und bei der Beurteilung von Terrorismus und terroristischen Aktivitäten unterschiedliche Kriterien anwenden. Eine derartige „Doppelmoral“ bei der Terrorismusbekämpfung hat nur zur Förderung und Verbreitung des Terrorismus beigetragen.
Tatsächlich haben US-Politiker von Anfang an, als sie Truppen nach Afghanistan, in den Irak und in andere Länder schickten, versucht, die Terrorismusbekämpfung eng mit dem Ziel zu verknüpfen, ihre eigene Hegemonie zu fördern oder sogar die Regierungen anderer Länder zu stürzen. Derartige „Terrorismusbekämpfung“ mit privaten Interessen hat in Wirklichkeit die Konflikte und Unruhen in den betroffenen Regionen und Ländern verschärft und dazu geführt, dass Millionen unschuldiger Menschen getötet und verletzt wurden und eine große Zahl von Flüchtlingen aus ihrer Heimat vertrieben wurde, während sich ein Terroranschlag nach dem anderen ereignete.
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Und das sollte hierzulande betont werden: In all den Jahren standen deutsche Bundesregierungen stets an der Seite der US-Administrationen.*

12. **Giftgas in Syrien: BBC gesteht Fake News ein**
Internes Kontrollgremium korrigiert Vorwürfe gegen Kritiker der Organisation für das Verbot chemischer Waffen. Streit um mutmaßlich manipulierten Bericht
Im Rahmen einer seit Jahren laufenden Kontroverse um einen angeblichen Giftgasangriff in der syrischen Stadt Douma hat die britische BBC nun eingestanden, diffamierende Aussagen über Kritiker der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) erfunden und journalistische Standards verletzt zu haben. Das berichtet die britische Tageszeitung Daily Mail.
Die betroffenen Personen hatten beanstandet, dass die OPCW den Angriff im April 2018 umgehend der Führung von Baschar al-Assad anlastete und dieser These widersprechende Erkenntnisse zensierte. Die Organisation lieferte mit ihrem Bericht eine Rechtfertigung für Luftangriffe der USA, Großbritanniens und Frankreichs.
Nach dem angeblichen Angriff mit chemischen Waffen in Douma waren die Leichen

von rund 50 Zivilisten geborgen worden. Die USA, Großbritannien und Frankreich bombardierten bereits wenige Tage nach den Ereignissen – noch während der OPCW-Ermittlungen – Einrichtungen der Assad-Regierung und der syrischen Armee.
Quelle: Telepolis

13. **Rankings: oft unbrauchbar – so oder so aber schädlich**
«Wer da hat, dem wird auch noch gegeben.» Das gilt nicht nur im Bereich des Geldes, es gilt auch im Bereich der Berühmtheiten.
Am Samstag, 4. September 2021, haben die CH Media-Zeitungen – die riesige Ankündigung auf der Frontseite nicht mitgerechnet – auf viereinhalb vollen Seiten ein Ranking «unserer 50 wichtigsten Intellektuellen» publiziert. An 1. Stelle steht Sibylle Berg, an 50. Stelle Dirk Helbing, dazwischen Leute wie Pedro Lenz (Position 8., regelmässiger Kolumnist in den CH Media-Zeitungen), Ludwig Hasler (25., ebenfalls Kolumnist in den CH Media-Zeitungen), Peach Weber (27., ebenfalls Kolumnist in den CH Media-Zeitungen), oder aber auch Patricia Kopatchinskaja (34.) oder Zora del Buono (47.). Die Reihenfolge wurde aufgrund zweier Ranglisten erstellt: eine aus digitalen Daten (z.B. Anzahl Wikipedia-Abfragen), die andere freihändig erstellt von der Kulturredaktion der CH Media-Zeitungen. Siehe dazu die blaue Box unten.
Die Frage sei erlaubt: Ist so ein Ranking sinnvoll?
Die Antwort: eher nicht. Aus ganz einfachen Gründen.
Quelle: Infosperber

14. **Die Blockade Leningrads vor 80 Jahren: „Niemand ist vergessen“**
872 Tage lang dauerte die Blockade Leningrads durch die Wehrmacht. Mehr als eine Million Menschen verhungerten. 80 Jahre danach: Ein Zeitzeuge erinnert sich.
Der Schrecken dauerte 872 Tage. An jeden einzelnen, den Ephraim Moiseewitsch Steinbock davon in Leningrad durchlebt hat, kann er sich bis heute erinnern. Zum Beispiel an den Tag, als ein Cousin seines Vaters aus dem Haus ging und nicht mehr zurückkam. Einfach so verschwand.
Weil er wohl vor Schwäche auf der Straße zusammengebrochen war und niemand die Kraft hatte, ihm aufzuhelfen. Oder als er begriff, dass die Leiche seines Vaters nach der Beerdigung wieder aus der Erde geholt, der leblose Körper einfach auf einen Leichenberg geworfen wurde und die Totengräber das Loch für den nächsten Toten verwendet hatten. Oder aber als seine Mutter, geschwächt vor Hunger, vor seinen Augen verstarb, er ihre letzten Worte nicht mehr verstand und damit zur Waise wurde.
Ephraim Moiseewitsch Steinbock, 93, ist Überlebender der Leningrader Blockade. Die 872 Tage, während der die Wehrmacht das heutige Sankt Petersburg umschlossen hatte, betrachte er als wichtigstes Ereignis seines Lebens, sagt Steinbock. Sie habe sein Leben, habe ihn verändert. Heute lebt er mit seiner Frau Geta, ebenfalls Überlebende der Blockade, im kanadischen Calgary.

Kurz bevor die Wehrmacht die Sowjetunion am 22. Juni 1941 überfällt, wird Steinbock 13 Jahre alt. Er hat gerade die fünfte Klasse abgeschlossen, freut sich auf einen schönen Sommer. Zu diesem Zeitpunkt versteht er aber noch nicht, was dieser Krieg anrichten wird. Wie er alles für ihn verändern wird.
Steinbocks älterer Bruder wird im August 1941 an die Front eingezogen. Steinbock und seine Eltern versuchen zwar noch die Stadt mit einem Evakuierungszug zu verlassen, doch kurz vor ihrer Abreise wird dieser ausgesetzt. Die Deutschen hätten Leningrad schon eingeschlossen, heißt es. Die Familie bleibt in der belagerten Stadt zurück. Am 8. September 1941, dem Tag, als die Wehrmacht den Belagerungsring endgültig um Leningrad schließt, endet Steinbocks Kindheit.
Quelle: taz